

# Finanzamt Rheingau-Taunus hat eine neue Führungsspitze

Finanzminister Thomas Schäfer führte Ania Haden in das Amt der Vorsteherin ein

**Rheingau. (mh)** Das Finanzamt im Rheingau-Taunus-Kreis wird seit dem Wechsel von Claudia Bornemann als Vorsteherin an das Finanzamt Wiesbaden I zwar bereits seit dem 1. August von Regierungsdirektorin Ania Haden geleitet. Um jedoch die neue Vorsteherin offiziell in ihr neues Amt einzuführen, war Finanzminister Thomas Schäfer nun nach Bad Schwalbach gekommen.

Ania Haden ist, wie ihrer Vita zu entnehmen ist, im Jahr 1964 in Landau geboren, verheiratet und hat eine Tochter. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz hat sie im Rahmen eines Referendariats in Rheinland-Pfalz die 2. Juristische Staatsprüfung abgelegt.

Ihren beruflichen Werdegang startete Ania Haden am damaligen Finanzamt Bad Schwalbach (heutiges Finanzamt Rheingau-Taunus) 1992. Im Jahr 1994 wechselte sie an das Finanzamt Wiesbaden II, dort war sie als Sachgebietsleiterin für Vollstreckung sowie als Sachgebietsleiterin für Bußgeld- und Strafsachen tätig. Von 1999 bis 2006 war sie im Finanzamt Wiesbaden I als Sachgebietsleiterin für die Bereiche Körperschaftsteuer und Betriebsprüfung zuständig. Anschließend folgten Stationen als ständige Vertreterin der Vorsteher an den Finanzämtern Rheingau-Taunus (2006–2011), Hofheim am Taunus (2011–2013) und Wiesbaden II (2013–2016).

„Eigentlich müsste ich sagen ‚willkommen zurück‘, denn hier am Finanzamt Rheingau-Taunus haben Sie nicht nur Ihre berufliche Laufbahn gestartet, sondern waren auch bereits Vertreterin des Vorstehers. Dadurch sind also bestens mit diesem Haus vertraut“, wünschte Schäfer der neuen Vorsteherin einen erfolgreichem Start im neuen Amt. Damit habe sie „Standorttreue“ bewiesen. Gleichzeitig wünschte er ihr viel Freude an den täglich auf die sie wartenden Herausforderungen und jederzeit tatkräftige Unterstützung durch ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Eine Amtseinführung ist, wie Schäfer sagte, „stets ein einschneidendes Erlebnis, bei dem wir nicht immer Kontinuität schaffen“. Da Ania Haden jedoch bestens mit diesem Haus vertraut ist, sei dies hier ganz hervorragend gelungen. Weil sie sich bereits in vielen Funktionen in der hessischen Steuerverwaltung im wahrsten Wortsinne verdient gemacht habe, bringe sie einen reichen Erfahrungsschatz mit, der den Beschäftigten sicherlich zugute kommen werde.

Die Führung eines Finanzamtes bedeutet, so Schäfer, nicht nur steuerfachlich versiert zu sein, sondern auch das diesem angehörende Personal führen zu können. Für den Steuerbürger sei es wichtig, die gute Qualität der



**Einführung von Ania Haden in das Amt der Vorsteherin des Finanzamtes Rheingau Taunus: Michael Haden, Ania Haden, Claudia Bornemann und Thomas Schäfer (v.l.n.r.).**

Beratung und der Serviceleistungen zu bewahren.

Auch deshalb investiere das Land Hessen so viel wie noch nie vor allem in die Köpfe zukünftiger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dies gelte auch für die hessische Steuerverwaltung, „denn nur mit jungen, klugen und engagierten Menschen können wir diese auch weiterhin erfolgreich gestalten.“

Zum 1. August seien 207 neue Anwärterinnen und Anwärter für den gehobenen Dienst eingestellt worden und haben ihr Studium an der Hessischen Hochschule für Finanzen und Rechtspflege in Rotenburg/Fulda begonnen.

Im Jahr 2017 würden die Einstellungskontingente auf insgesamt 650 Stellen für den mittleren und gehobenen Dienst nochmals deutlich gesteigert. Außerdem gelte es sowohl die Herausforderungen des demografischen Wandels es zu managen wie auch im Konkurrenzkampf mit der freien Wirtschaft, „mit der wir nicht mithalten können“ zu bestehen. Hierbei sei das Finanzamt Rheingau Taunus durch seine flexiblen und familienfreundlichen Angebote für Mitarbeiter „vorbildlich“. „Sie haben sich hier nicht nur wohlfühlt, sondern die Kolleginnen und Kollegen auch mit Ihnen, richtete

Schäfer zum Abschluss seiner Ansprache seinen herzlichen Dank an Claudia Bornemann, jetzige Vorsteherin des Finanzamtes Wiesbaden I.

„Wir sind alte Bekannte und brauchen deshalb keine Erkundigungen über Sie einzuziehen“, hieß Oliver Klein, Vorsitzender des Gesamtpersonalrates, Ania Klein willkommen und signalisierte ihr eine tatkräftige Unterstützung.

Lothar Czeczotka, Vizepräsident für Öffentlichkeitsarbeit des Steuerberaterverbandes Hessen e.V. wünschte sich eine auch weiterhin konstruktive und unbürokratische Zusammenarbeit mit dem Finanzamt Rheingau Taunus auf Augenhöhe.

„Ich freue mich sehr auf meine neue Aufgabe, das Finanzamt Rheingau Taunus nunmehr leiten zu dürfen“, dankte Ania Haden dem Hessischen Finanzminister für das ihr geschenkte Vertrauen. Aufgrund ihrer früheren Tätigkeiten in dieser Dienststelle wisse sie, dass hier ein guter Geist herrsche.

Ihre Zielsetzung sei es, dieses Finanzamt behutsam und mit Augenmaß fortzuentwickeln. Notwendig werdende Änderungsprozesse werde sie im Hause einvernehmlich abstimmen. Auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern freue sie sich sehr.

Dem Finanzamt Rheingau Taunus gehörten zum Stand 1. August 2016 insgesamt 215 Beschäftigte an, darunter 175 Beamte. 153 Beschäftigte arbeiten in der Verwaltungsstelle Bad Schwalbach und 62 Beschäftigte in der Verwaltungsstelle Rüdeshheim. Von den insgesamt 215 Personen sind 83 teilszeitbeschäftigt.

## KEE sucht nach neuen Finanzierungsquellen

**Geschäftsführer Manfred Vogel: Klimaschutz ist Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge**

**Rheingau. (mg)** – Das Kompetenzzentrum Erneuerbare Energien – kurz KEE – hat in einer außerordentlichen Vorstandssitzung beraten, wie es nach dem jüngsten Kreistagsbeschluss weitergehen soll. Denn auf Antrag von CDU und FDP, die sich dabei in Teilen einen Antrag der AfD zu eigen gemacht haben, wurde mit Wirkung vom 1. Januar an der jährliche Zuschuss für das KEE in Höhe von 75.000 Euro gestrichen.

Damit wurde dem Verein, der etwa 100 Mitglieder umfasst, zu denen auch die 17 Kommunen des Kreises gehören, die wesentliche finanzielle Grundlage entzogen. Für den Vereinsvorsitzenden Landrat Burkhard Albers, seine Stellvertreterin Ingrid Reichbauer und den Geschäftsführer Manfred Vogel ist dies angesichts der vielfältigen Aufgaben, die der Verein auch für den Kreis erledigt nicht nachvollziehbar. Trotzdem müsse man mit der neuen Situation konstruktiv umgehen, sind sich die Akteure sicher. Eine Kompensation des Zuschusses könnte ihrer Ansicht

nach durch kostenpflichtige Dienstleistungsangebote erfolgen. Diese sollten aber zunächst mit der Handwerkskammer und der Kreishandwerkerschaft abgesprochen werden, weil man hier nicht als Konkurrent auftreten wolle. Außerdem hat man ein Förderprogramm des Bundes im Auge, für das sich das KEE bewerben möchte. Dabei geht es einen möglichen Zuschuss von 100.000 Euro jährlich, um die Energiethemen für Schulen aufzubereiten. Das Programm wäre auf vier Jahre begrenzt und bedarf einer zehnpromzentigen Cofinanzierung, wobei noch abzuklären sei, ob diese in bar oder als Sachmittel erfolgen könne, so Landrat Albers.

Auch die Aufgaben, die bisher unentgeltlich für den Kreis wahrgenommen wurden, müssten nun in Rechnung gestellt werden, ist sich Geschäftsführer Manfred Vogel sicher. Er verweist auch auf die Möglichkeit, den Kommunen besondere Dienstleistungen gemäß dem Vereinsziel anzubieten. In der Vergangenheit habe man hier kon-

krete Hilfestellungen bei Förderanträgen geleistet, auch für den Zweckerband Rheingau und damit Kosten eingespart. Landrat Albers will deshalb auch nochmals mit den politischen Akteuren über die Zukunft des KEE das Gespräch suchen und die Vorteile deutlich machen. Denn schließlich profitiere der Kreis von den Dienstleistungen, für die dadurch kein eigenes Personal vorgehalten werden muss. Das KEE einer völlig unpassenden Windkraftdiskussion zu opfern, in der Kenntnis, dass weder Kreis noch KEE ein Windrad bauen können, geschweige denn für deren Genehmigung zuständig sind, habe den Blick auf die eigentlichen Themen des Vereins, nämlich Energiesparen und Energieeffizienz verstellt.

Dass es Parteien gibt, die mit der Windraddiskussion auf Wählerfang gehen und Angst schüren wolle, sei eine Sache, so Albers, aber beim Klimaschutz und der Energieeffizienz, worum es beim KEE gehe, habe bisher unter den Fraktionen Konsens bestan-

den. Deshalb gibt Albers die Hoffnung auf „politische Einsicht“ nicht auf.

**Von KEE profitiert**

Auch für Manfred Vogel stellt der Klimaschutz einen Teil der Daseinsvorsorge dar, für den auch Kreis und Kommunen Mitverantwortung hätten. Denn für das Erreichen von nationalen Klimaschutzzielen sei es notwendig, die Kommunen bei der Verpflichtung von Zielen sowie der Umsetzung von Maßnahmen mit einzubinden, da sie erheblich zur Senkung von Treibhausgasemissionen beitragen können. Denn der urbane Raum ist für 75 Prozent der gesamten CO2-Emissionen verantwortlich. Dazu gehören eben auch Gebäude wie Schulen Kindergärten und Verwaltung in kommunaler Verantwortung. Ingrid Reichbauer erinnert daran, dass der Rheingau-Taunus-Kreis 2010 beschlossen hat, die Aufgaben des Klimaschutzes nicht durch die Schaffung einer Planstelle innerhalb der Verwaltung zu erledigen, sondern das Kompetenzzentrum Erneuerbare Energien Rheingau-Taunus e. V. damit zu beauftragen. Neben dem Kreis sind alle 17 kreisangehörigen Kommunen Mitglied des Vereins. Darüber hinaus gehören zu den 107 Mitgliedern auch Banken, Sparkassen, Handwerkskammer, Bürgerinitiativen, Firmen und Privatleute. Benachbarte Landkreise wie Limburg-Weilburg, Rhein-Lahn-Kreis, Main-Taunus-Kreis, Hochtaunuskreis, Landkreis Mainz-Bingen sowie die kreisfreien Städte Wiesbaden und Mainz haben für diese Aufgabe innerhalb ihrer Verwaltung entsprechende Stellen eingerichtet. Mit dem bisherigen Zuschuss von jährlich 75.000 Euro habe der Kreis im Vergleich zu weiteren Personalkosten den günstigeren Weg gewählt, unterstreicht Landrat Albers. Die Leistungen, die das KEE dafür erbringt sind vielfältig. Dazu gehören die Erstellung von Konzepten zur Verhal-

tensänderung in den Schulen beim Energieverbrauch, die Akquirierung von Fördermitteln für den Bereich Energiesparen, Schulprojekte zum Klimaschutz, der Aufbau eines Energieberaternetzwerkes im Kreis, die Vertretung des Kreises bei dem landesweiten „Netzwerk 100 Kommunen für den Klimaschutz“ sowie bei der bundesweiten Initiative „100 % Erneuerbare Energie Regionen“ sowie die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen mit unterschiedlichen Kooperationspartnern zum Thema Energie, wie z. B. den „Energietag Geisenheim“ mit der Hochschule Geisenheim University. All das stehe womöglich zur Disposition, fürchtet Vogel, wenn die Arbeit nicht mehr finanziert werden könnte. Deswegen wirbt der Verein um Unterstützung, will die Sponsorensuche verstärken. Auch über moderate Anhebungen der Mitgliedsbeiträge müsse nachgedacht werden, räumt der Vereinsvorsitzende Albers ein, zumindest bei den institutionellen Mitgliedern. Bemerkenswert sei es angesichts dieser Situation schon, wenn auf der einen Seite von Landespolitikern in Sachen Klimaschutz hochtrabende Ziele vorgegeben würden, die die gleichen Politiker im Kreis dann torpedierten. Dass die Streichung des KEE-Zuschusses unter Umständen auch als „späte Rache“ der CDU dafür zu verstehen ist, dass sie die Einstellung der Grünenabgeordneten Ingrid Reichbauer im kreiseigenen Energiedienstleistungszentrum (EDZ) als Verantwortliche für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit nicht verhindern konnte, sei nicht auszuschließen, meint Albers auf Nachfrage. Für die CDU war dies damals ein „Deal mit Geschmäckle“. Die Christdemokraten sahen einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Stillschaffung als Ergebnis der rot-grünen Kooperation mit dem Masterplan Energie, von dem man sich nun all zu gerne mit eigener Mehrheit verabschieden möchte.

**Linke: Wind im Wahlkampf**

**KEE leistet wichtigen Beitrag zur Energiewende**

**Rheingau.** (mg) – Windräder sollen wahrscheinlich wieder Wahlkampfthema werden, befürchten die Linken im Kreistag. Als ein vollkommen falsches Signal sowie eine Verabschiedung von ambitionierten Klimaschutzzielen und einem wichtigen Beitrag zur Energiewende bezeichnet die Linksfraktion im Kreistag den gemeinsamen Beschluss der AfD, der CDU, der FDP und der FWG den jährlich gezahlten Zuschuss an das Kompetenzzentrum Erneuerbare Energien Rheingau-Taunus (KEE) ab 2017 einzustellen. Die 70.000 Euro die bisher jährlich an das KEE überwiesen wurden, seien gut angelegtes Geld gewesen, erklärt Links-Fraktionsvorsitzender Benno Pörtner. Denn dadurch sei es möglich, die Bürger im Kreis insbesondere über Energieeinsparungsmöglichkeiten zu informieren und zu beraten. Energie-

einsparung sei der beste Klimaschutz und ein wichtiger Beitrag zur Energiewende. Der zweite Teil des Beschlusses der Mehrheit aus AfD, CDU, FDP und FWG suggeriere, dass der Rheingau-Taunus-Kreis Einfluss auf den Bau und die Genehmigung von Windrädern im Kreis hätte. Dies ist aber aufgrund der Rechtslage nicht der Fall. Deshalb bleibe nur die Schlussfolgerung, dass mit der Positionierung gegen die Stromerzeugung durch Windräder, ein Thema, das bei den Bürgermeisterwahlen erfolgreich war, im bevorstehenden Landratswahlkampf wieder hervorgeholt werden soll, da es die Erfolgsaussichten des CDU-Kandidaten verbessern könnte, obwohl auch ein Landrat keinerlei Einfluss darauf hat, ob und wo Windräder im Kreis gebaut werden, so die Linksfraktion im Kreistag abschließend.

**Schloss Schänke**



**17.-20. NOVEMBER &  
24.-27. NOVEMBER 2016**

**Schlossschänke in Geisenheim  
geöffnet von 17.00 bis 24.00 Uhr**

Schloss Schönborn, Winkeler Straße 64, 65366 Geisenheim

*Adventszauber*



**19. und 20. Nov. 11:00 - 18:00 Uhr**

**DER WEIHNACHTSMARKT** *in der*  
**WEINLAND RHEINGAU** e.G.

- Kostenlose Weinprobe mit persönlicher und fachlicher Beratung
- Weihnachtliches Kunsthandwerk mit über 40 Ausstellern
- Große Tombola zu Gunsten der Zeltlagerfreunde e.V. Erbach-Hattenheim
- Kunstausstellung von Ursula Richter „Genau betrachtet“ • Vernissage: Samstag, 19.11.2016 um 11:00 Uhr

**Glühweinstand im Hof • Weinverkostung • Straußwirtschaft**

Eitville · Erbacher Str. 31 (gegenüber TOOM-Baumarkt)